

Autor: Stephan Schurig

Datum: 27.10.2011

Ort: Halle (Saale)

## **Politische Sozialisation und Partizipation im Kontext einer Herabsetzung des Wahlalters auf 12 Jahre**

### **Kinder und Jugendliche**

Es gibt weder eine allgemeingültige Definition, noch eine wissenschaftsspezifische Übereinkunft, welche Altersspannen 'Kindheit' oder 'Jugend' umfassen.<sup>1</sup> Gesetzlich treten Kinder in das Jugendalter ein, wenn sie das 14. Lebensjahr erreichen und gelten als Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr. Allerdings "bildet die Unterscheidung der Gesellschaftsmitglieder nach ihrem Alter nicht einfach eine biologische Tatsache ab, sondern wird etwa in bestimmten Diskursen, z.B. in einem weit reichenden Erziehungsdiskurs, in politischen Debatten oder auch in der Mode, hergestellt" und innerhalb solcher Machtstrukturen reproduziert.<sup>2</sup> So ist der gesellschaftliche Blick auf Kinder fast immer ein erwachsenenzentrierter.<sup>3</sup>

'Kindheit' als solche ist eine historische Konstruktion der gesellschaftlichen Verhältnisse während der Industrialisierung. Zuvor waren Kinder in das 'Erwachsenenleben' und in die Arbeit involviert und eingebunden.<sup>4</sup> Im Laufe des 18. Jh. wurde Jugendlichkeit verstärkt an der Pubertät fest gemacht.<sup>5</sup> Nach dem Anthropologen Borgin (1999) sind Mädchen im Alter von 7 bis 10 Jahren und Jungen im Alter von 7 bis 12 Jahren soweit entwickelt, dass ihr "Überleben potentiell nicht mehr von anderen abhängig ist".<sup>6</sup>

In westlichen Gesellschaften verlagerte sich in den letzten Jahrzehnten das Durchschnittsalter des Pubertätseintritts bei Mädchen (erste Periode) von 13 Jahren (1950) auf 10 bis 11 Jahre (2010) und bei Jungen (erster Samenerguss) von 14 Jahren (1980) auf 12,6 Jahre (1994).<sup>7</sup> Eine amerikanische

---

1 Maßlo (2010:32f.)

2 Abels & König (2010:246)

3 Abels & König (2010:248)

4 Abels & König (2010:243)

5 Scherr (2009:19)

6 Bogin (1999) zit. in Grupe, Christiansen, Schröder & Wittwer-Backofen (2005:276)

7 Onlineartikel: "Immer früher reif", Bild der Wissenschaft

<<http://www.wissenschaft.de/wissenschaft/news/265744.html>> (Abruf am 22.10.2011)

Studie ergab, dass einige Mädchen bereits im achten Lebensjahr in die Pubertät kommen.<sup>8</sup>

Rechtlich gesehen erhalten Kinder bzw. Jugendliche mit 12 Jahren beschränkte und mit 14 Jahren vollständige Religionsmündigkeit.<sup>9</sup> Mit 13 Jahren dürfen sie Beschäftigungen im geringen Umfang verrichten<sup>10</sup> und ab dem 15. Lebensjahr erlischt das allgemeine Beschäftigungsverbot<sup>11</sup> sowie die allgemeine Schulpflicht.

Eine beschränkte Geschäftsfähigkeit erreichen Kinder bereits mit 7 Jahren. Jugendliche können mit 14 Jahren sowohl einer Sorgerechtsentscheidung, als auch einer Adoption einwilligen oder widersprechen. Nicht zuletzt werden Jugendliche mit 14 nicht mehr als 'Kinder' im Sinne des Sexualstrafrechts gesehen, sondern erhalten die Möglichkeit der sexuellen Selbstbestimmung.

Bei der Partizipation von Kindern wie in Kinderparlamenten, -foren oder -beiräten wird insbesondere die Altersklasse der 10 bis 14-Jährigen fokussiert.<sup>12</sup>

Nicht zuletzt gibt es verschiedene Formen der „Nichtanerkennung von Kindern als Bürger“ (nach Roche)<sup>13</sup>:

- Kinder sind im beruflichen Umfeld als Partner unbekannt und werden dadurch nicht akzeptiert bzw. fehlt die Fähigkeit mit ihnen umzugehen und sie in Entscheidungsprozesse einzubinden
- ein Adultismus, der aus der gesellschaftlichen Realität der Erwachsenenherrschaft hervorgeht
- Kinder werden kaum als öffentliche Personen wahrgenommen und vornehmlich der Privatsphäre (Familie) zugeschrieben, mit Ausnahme, wenn sie ein öffentliches Ärgernis darstellen
- Exklusion von der politischen Partizipation wird häufig als 'Schutz' vor sich selbst (Extremismus) oder Überforderung begründet

Roche geht sogar soweit die Exklusion bzw. Außenseiterrolle von Kindern mit der von Frauen zu vergleichen, die zu der Zeit vornehmlich als „irrational, emotional und verhäuslicht wahrgenommen“ wurden.<sup>14</sup>

---

8 Onlineartikel: "Pubertät bei Mädchen beginnt immer früher", Telepolis  
<<http://www.heise.de/tp/artikel/33/33107/1.html>> (Abruf am 22.10.2011)

9 Scherr (2009:32) bzw. Gesetz über die religiöse Kindererziehung § 5, siehe [http://www.gesetze-im-internet.de/kerzg/\\_5.html](http://www.gesetze-im-internet.de/kerzg/_5.html)

10 Kinderarbeitsschutzverordnung § 2, siehe [http://www.gesetze-im-internet.de/kindarbschv/\\_2.html](http://www.gesetze-im-internet.de/kindarbschv/_2.html)

11 Jugendarbeitsschutzgesetz § 5, siehe [http://bundesrecht.juris.de/jarbschg/\\_5.html](http://bundesrecht.juris.de/jarbschg/_5.html)

12 Swiderek (2003:104)

13 Roche (1999) zit. nach Bertelsmann Stiftung (2007:29)

14 Bertelsmann Stiftung (2007:38)

## Politische Sozialisation bei Kindern

Es gibt nur wenige bis keine Erkenntnisse über die heutige politische Sozialisation von sechs- und siebenjährigen Kindern. Unter *politischer Sozialisation* verstehen man alle – bewussten und unbewussten – Lernprozesse zur Aneignung von politischen Kenntnissen, Fähigkeiten und Orientierungen während des ganzen Lebens.<sup>15</sup>

Politik soll den gesellschaftlichen Rahmen für sie gestalten, doch werden sie nicht als Gestalter des politischen Systems betrachtet.<sup>16</sup> Somit sind sie lediglich passive Empfänger, aber keine aktiven Produzenten in der Demokratie. In den 1970ern ebte die Forschung über die politische Sozialisation und politisches Lernen bei jungen Kindern ab. An deren Stelle traten Jugendliche und Erwachsene als heutzutage wichtigste Objekte der Sozialisationsforschung<sup>17</sup>. Kinder werden häufig noch als zukünftige Bürger einer zukünftigen Gesellschaft, die sie in der Zukunft gestalten sollen, betrachtet, aber nicht als junge Bürger einer jetzigen Gesellschaft, mit jetziger Beteiligung.<sup>18</sup>

Auf Grund der Komplexität realer Politik wird Kindern häufig unterstellt, sie wären damit überfordert.<sup>19</sup> Empirische Studien unterlegten allerdings bereits in den 70er, dass schon junge Kinder über eine Wahrnehmung von Machtverhältnissen und Ressourcenverteilung in einer Gesellschaft verfügen.<sup>20</sup> Sowohl die *Kristallisationsthese*, welche früh erworbene Fähigkeiten bedeutender als später erworbene bewertet, als auch die *Persistenzthese*, die die kindlichen und jugendlichen Erfahrungen als prägend für die Einstellungen im Erwachsenenalter ansehen, gehen von einer zentralen Rolle früher politischer Sozialisation aus.<sup>21</sup>

Die Grenzen zwischen Jugend und Erwachsensein sind in den letzten Jahrzehnten mit veränderten physischen und psychischen Entwicklungen bzw. gesellschaftlichen Differenzierungs- und Pluralisierungstendenzen deutlich unschärfer geworden. Dabei kann auch die Kindheit nicht mehr in "klassische" institutionelle Stufen oder Phasen eingeteilt (Krippe, Kindergarten etc.) werden. Die politische Sozialisation gestaltet sich heutzutage damit auch völlig anders, als vor einigen Jahrzehnten. Durch Medien, Werbung und Internet können sich auch Kinder kaum noch diesen Einflüssen entziehen.<sup>22</sup>

Mit dem Bedeutungsverlust der Familie veränderte sich die politische Sozialisation von Kindern.<sup>23</sup>

---

15 van Deth, Abendschön, Rathke & Vollmar (2007:12)

16 van Deth, Abendschön, Rathke & Vollmar (2007:11)

17 van Deth, Abendschön, Rathke & Vollmar (2007:15)

18 van Deth, Abendschön, Rathke & Vollmar (2007:17)

19 van Deth, Abendschön, Rathke & Vollmar (2007:11)

20 van Deth, Abendschön, Rathke & Vollmar (2007:14)

21 van Deth, Abendschön, Rathke & Vollmar (2007:14)

22 van Deth, Abendschön, Rathke & Vollmar (2007:16)

23 van Deth, Abendschön, Rathke & Vollmar (2007:11)

Auch die Rolle der Schule wird zunehmend in Frage gestellt und die der *peer groups* herausgestellt.<sup>24</sup>

In dem Projekt "Demokratie Leben Lernen" wurde eine Befragung von etwa 800 Kindern zu Beginn und Ende des ersten Schuljahres durchgeführt. Bei den einführenden Tiefeninterviews wurden demokratische Normen und Werte sowie politisches Wissen abgefragt, die zeigten, dass Kinder in diesem Alter bereits fähig sind "verantwortliche Akteure zu bestimmen, Ursachen zu benennen, eine Bewertung vorzunehmen und erste Lösungsstrategien anzuwenden"<sup>25</sup>. Bei allen ist ein politisches Grundverständnis bzw. -wissen erkennbar. Diese Fähigkeit ist am Ende des Schuljahres deutlich stärker ausgeprägt und nicht vom Alter abhängig.<sup>26</sup> So sind sich Kinder bereits über globale Themen wie Hunger, Arbeitslosigkeit, Umweltverschmutzung, Migration oder Krieg bewusst, wenngleich sie sie noch auf meist einfache Weise be- oder umschreiben bzw. weitere Zusammenhänge nicht immer erklären können.<sup>27</sup>

Swiderek konstatiert: „Im Alter von 6 Jahren, also mit Beginn der Schulzeit, baut sich die Fähigkeit zum logischen Denken auf und Kinder sind in der Lage, logische Schlüsse zu ziehen“ und „das bedeutet für die heutige kindheitspolitische Diskussion darüber zu befinden, wie und wo Kinder an gesellschaftspolitischen Entscheidungen beteiligt werden können und nicht, ob man Kinder überhaupt beteiligen soll“.<sup>28</sup>

Bartscher wirft dazu kritisch ein: „Zu fragen ist, ob eine Gesellschaft, die grundlegende, Kinder betreffende strukturelle Probleme nicht löst (wie die Versorgung mit Arbeit für Eltern, ausreichender Wohnraum und soziale Sicherung), Kinder tatsächlich politisch partizipieren lassen will. Es besteht die Gefahr, daß kinderpolitische Aktivitäten Alibifunktion übernehmen und helfen, soziales Elend zu verschleiern. Partizipation bedeutet *auch* Teilhabe an materiellen Gütern; das darf bei der Kinderpolitik nicht vergessen werden“.<sup>29</sup>

## **Politisches Interesse von Kindern und Jugendlichen**

Mit dem Einstieg in die Schule verfügen Kinder bereits über "konsistente Werteorientierungen"<sup>30</sup> bzw. "Reflexions- und Argumentationskompetenz"<sup>31</sup>. Sowohl Kinder als auch Jugendliche

---

24 van Deth, Abendschön, Rathke & Vollmar (2007:17)

25 van Deth, Abendschön, Rathke & Vollmar (2007:34)

26 van Deth, Abendschön, Rathke & Vollmar (2007:34)

27 van Deth, Abendschön, Rathke & Vollmar (2007:43-46)

28 Swiderek (2003:104f.)

29 Bartscher (1998:17)

30 van Deth, Abendschön, Rathke & Vollmar (2007:202)

31 van Deth, Abendschön, Rathke & Vollmar (2007:207)

bekunden ein Desinteresse an 'Politik', aber gleichzeitig auch Interesse an politischen Thematiken.<sup>32</sup> Die Studie "Demokratie Leben Lernen" schlussfolgert, dass "die kognitiven Fähigkeiten der meisten Kinder [im ersten Schuljahr] für die Wahrnehmung politischer Themen und Probleme offensichtlich ausreichend sind".<sup>33</sup> Dabei spielen insb. Herkunft, soziales Wohnumfeld und Mediennutzung, weniger aber Geschlecht und (Einschulungs-)Alter, eine wichtige Rolle bei der Wahrnehmung und Differenzierung politischer Themen in einer Gruppe.<sup>34</sup>

Bereits die Befragung der Kinder am Anfang und am Ende des ersten Klasse zeigte eine deutliche Verbesserung des politischen Wissens.<sup>35</sup> Gesellschaftspolitische Themen wie Hunger, Krieg, Migration, Diskriminierung oder Arbeitslosigkeit sind ihnen (wenn auch nicht immer unter dem entsprechenden Begriff) bekannt.<sup>36</sup> Abendschön & Vollmar konstatieren: "Der vielfach zitierten und womöglich aus dem politischen Desinteresse vieler Erwachsener abgeleiteten Aussage 'Kinder interessieren sich nicht für Politik' kann nicht entsprochen werden".<sup>37</sup> Weiterhin "interessieren sich [Kinder] bereits für Politik und nehmen gerne und (meistens) aufmerksam die Möglichkeit wahr, Erwachsenen ihre Meinungen und Einstellungen zu politischen und gesellschaftlichen Sachverhalten mitzuteilen".<sup>38</sup>

Trotzdem fehlt Kindern nicht selten noch ein zusammenhängendes Verständnis von politischen Themen- und Problemfeldern. Politische Begriffe wie "Partei" oder "Politiker" waren für die meisten bisher relativ unbekannt, wenngleich sie das Konzept dahinter verstünden.<sup>39</sup>

Bei Jugendlichen nahm das politische Interesse zwischen 1991 und 2006 um mehr als 10% ab und lag nun etwa bei 40%.<sup>40</sup> Das Vertrauen in Politik und Parteien nimmt ebenso zusehends ab und über 3/4 aller Jugendlichen glauben, "dass Politiker nur an ihrer (Wieder-)Wahl und nicht an den Problemen interessiert seien".<sup>41</sup> Dies sollte aber nicht als Ablehnung des demokratischen Staates missverstanden werden.<sup>42</sup> Nichtsdestotrotz sinkt die partei- und problemorientierte Partizipation mit zunehmender Unzufriedenheit.<sup>43</sup>

Im Gegensatz zur politischen Sozialisation gibt es bei Jugendlichen zunehmende geschlechtsbezogene Unterschiede in dem politischen Interesse. So zeigt sich, dass sich Mädchen

---

32 Burdewick (2003:104) zit. nach van Deth, Abendschön, Rathke & Vollmar (2007:84)

33 van Deth, Abendschön, Rathke & Vollmar (2007:94)

34 van Deth, Abendschön, Rathke & Vollmar (2007:95-99, 106-111)

35 van Deth, Abendschön, Rathke & Vollmar (2007:160 bzw. 213)

36 van Deth, Abendschön, Rathke & Vollmar (2007:209)

37 van Deth, Abendschön, Rathke & Vollmar (2007:210)

38 van Deth, Abendschön, Rathke & Vollmar (2007:221)

39 van Deth, Abendschön, Rathke & Vollmar (2007:223)

40 Schneekloth (2006:105) zit. nach Maßlo (2010:73)

41 Maßlo (2010:73)

42 Maßlo (2010:74)

43 Uehlinger (1988:188) zit. nach Maßlo (2010:77)

tendenziell weniger für Politik interessieren (oder andere Formen bevorzugen) als Jungen.<sup>44</sup>

Insgesamt sind die Ansprüche der Jugendlichen gegenüber der Politik allerdings hoch und so erwarten sie von Politikern Ehrlichkeit, Kompromissbereitschaft, Mitbestimmungsrechte, die Fähigkeit der Durchsetzung politischer Entscheidungen und eine stärkere Einbindung der Interessen Jugendlicher.<sup>45</sup> In der Realität scheint es aber häufig Kommunikationsdefizite und zu wenige direkte Gespräche zwischen Jugendlichen (z.B. in einem Kinder- und Jugendbeirat) und Politikern zu geben.<sup>46</sup>

Der Ansicht, dass Jugendliche und Erwachsene generell verschiedene politische Einstellungen haben, kann vehement widersprochen werden, denn "die Einstellungen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen zur politischen Ordnung ähneln denen der ab 30-Jährigen sehr stark".<sup>47</sup> Allerdings können sich politische Einstellungen und politisches Handeln in der Realität deutlich unterscheiden.<sup>48</sup> So ist politischer Extremismus trotz landläufiger Meinung kein alleiniges Phänomen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen, wenngleich sie "deutlich überrepräsentiert sind".<sup>49</sup> Andererseits kann politische Partizipation sogar präventiv gegenüber Extremismen wirken.<sup>50</sup>

### **Politische Partizipation von Kindern und Jugendlichen**

Zwar gab es in den 1990ern erste (Denk-)Ansätze Kinder und Jugendliche an der Politik beteiligen zu lassen, woraus einige Modelle entstanden sind, die jedoch zeigten, dass eine längerfristige institutionalisierte Partizipation selten stattfand und häufig "Ermüdungserscheinungen" auftraten.<sup>51</sup>

Auf Grund dessen "gelten solche Projekte als schwierig und aufwendig".<sup>52</sup>

Zu den legalen Partizipationsformen gehören nach Uehlinger<sup>53</sup> die 'Staatsbürgerrolle', die 'problemspezifische Partizipation' und die 'parteiorientierte Partizipation' und zu den illegalen der 'zivile Ungehorsam' und die 'politische Gewalt'. Das Wählen wird dabei der Staatsbürgerrolle zugeordnet und gehört damit zu der "niedrigsten Zugangsschwelle", dem allerdings "eine bewusste Handlung unterstellt werden" kann.<sup>54</sup> Es gibt demzufolge immer mehr Forderungen von

---

44 Maßlo (2010:73f.)

45 Maßlo (2010:417)

46 Maßlo (2010:418-421)

47 Gaiser, Gille, Krüger, & de Rijke (2001:56) zit. in Scherr (2009:173)

48 Scherr (2009:174)

49 Scherr (2009:177)

50 Bertelsmann Stiftung (2007:97)

51 Maßlo (2010:17-20)

52 Maßlo (2010:21)

53 Uehlinger (1988:129f) zit. nach Maßlo (2010:44)

54 Maßlo (2010:49)

Bürgerrechtlern und Wissenschaft die Beweislast umzukehren, mit der Kinder und Jugendliche von politischen Beteiligungsformen ausgeschlossen werden, sodass jedwede Ausnahme stichhaltig begründet werden muss.<sup>55</sup>

Die politische Partizipation wird nach sozialen Faktoren wie Geschlecht, Alter oder Bildungsgrad unterschiedlich. Dabei beteiligen sich Mädchen am ehesten noch in projektorientierten, deutlich weniger aber in offenen und repräsentativen Partizipationsmodellen.<sup>56</sup> Gleichzeitig ist die Beteiligung in projektorientierten Modellen bei jüngeren Jugendlichen deutlich höher, bei älteren dafür in den offenen und repräsentativen sowie in politischen Organisationen. Mit steigendem Bildungsgrad nimmt auch die Bereitschaft und die tatsächliche Partizipation zu, aber bei steigender Komplexität der Beteiligungsform auch die der weniger gut gebildeten Jugendlichen ab.<sup>57</sup>

Für Jugendliche scheint politisches Engagement vor allem dann attraktiv, wenn sie für diese eine gewisse Anerkennung bekommen. Weiterhin stehen für sie dabei Spaß, Knüpfung neuer Kontakte und die Weiterentwicklung ihrer Fähigkeiten im Vordergrund.<sup>58</sup>

Eine wichtige Feststellung ist, dass politische Partizipation nicht per se vom Alter abhängig ist, sondern viel mehr von den bis dato durchlaufene Bildung.<sup>59</sup> Durch das 'Hineinwachsen' in den öffentlichen Raum und der späten Übernahme von Verantwortung<sup>60</sup> wächst die Bedeutung von Politik erst im höheren Alter.<sup>61</sup> Würde Kindern also schon eher eine gesellschaftliche Verantwortung (z.B. durch Partizipation zur Gestaltung der besuchten Bildungseinrichtung) ermöglicht, könnte das politische Interesse und damit die Partizipation zunehmen.

Weiterhin führt mangelndes Einkommen bei den Eltern zu schlechteren Voraussetzungen für die Bildung von Kindern und Jugendlichen bis hin zu psychosozialen Auswirkungen durch Stigmatisierung und Diskriminierung.<sup>62</sup> Kinderarmut gehört damit nicht selten zu den Hauptursachen für mangelndes politisches Interesse und Engagement im Jugendalter.

Soziale Netzwerke in denen sich mehr politisch aktive Freunde aufhalten, führen auch zu häufigeren politischen Diskussionen. Eine politische Informatisierung und Politisierung kann dabei insbesondere durch Verknüpfungen mit NGOs, Vereinen oder Parteien – sowohl online als auch offline – verstärkt werden, welche zum Austausch von Argumenten und damit zur (politischen) Wissenserweiterung führt. Umgekehrt führen politisch inaktive soziale Jugendgruppen bzw. *peer*

---

55 Bertelsmann Stiftung (2007:29)

56 Zur Einteilung von Beteiligungsmodellen nach Uehlinger siehe Maßlo (2010:48-50)

57 Maßlo (2010:66f.) & Swiderek (2003:235)

58 Maßlo (2010:79) & Maßlo (2010:97)

59 Maßlo (2010:81)

60 So findet bspw. die Loslösung vom Elternhaus auf Grund längerer Ausbildung zunehmend später statt. (Maßlo 2010: 32)

61 Maßlo (2010:82)

62 Maßlo (2010:84)

*groups* wohl eher noch zu einem verstärkten Desinteresse an Politik.<sup>63</sup>

## **Wahlrecht und Wahlalter**

"Das zentrale Motiv für das politische Handeln ist, auf Entscheidungen Einfluss zu nehmen. Der instrumentelle Nutzen ist demnach das ausschlaggebende Motiv für politisches Handeln; [...]".<sup>64</sup> Das Wählen ermöglicht politische Einflussnahme und stellt eine passive Partizipationsmöglichkeit dar.<sup>65</sup>

Die heutige Mediennutzung führt dazu, dass Politik nicht mehr als Gestaltung "des eigenen Lebensumfeldes" verstanden wird, sondern als das, was durch Medien rezipiert wird.<sup>66</sup>

Während auf Landes-, Bundes- und Europaebene das Wahlalter bei 18 Jahren liegt, können in einigen Kommunen bereits Jugendliche mit 16 Jahren wählen. Doch schon im Alter von 14 Jahren werden Jugendliche bspw. in Schleswig-Holstein als Bürger anerkannt – dies wurde 1996 in der Kommunalverfassung festgelegt – und bekommen z.B. ein Auskunftsrecht zugesprochen.<sup>67</sup>

Im untersuchten Beispiel des Kinder- und Jugendbeirats in Reinbek waren alle Kinder und Jugendlichen im Alter von 12 bis 21 Jahren zur Wahl aufgerufen.<sup>68</sup> In Österreich sind alle Bürgerinnen und Bürger bereits im Alter von 16 Jahren legitimiert an allen Wahlen des Landes teilzunehmen.<sup>69</sup> In Deutschland gibt es lediglich ein aktives Wahlrecht ab 16 Jahren in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Bremen und in keinem entstanden bisher praktische Probleme.<sup>70</sup> Einige Länder wie Indonesien oder die Dominikanische Republik gestatten Verheirateten unter 18 Jahren das Wahlrecht, andere wie Kroatien oder Slowenien allen Berufstätigen ab 16 Jahren.<sup>71</sup>

Bereits mit 14 Jahren darf man der Jungen Union<sup>72</sup>, den JungsozialistInnen<sup>73</sup>, den Jungen Liberalen<sup>74</sup> und der Linksjugend [!solid]<sup>75</sup> beitreten. Lediglich die Grüne Jugend<sup>76</sup> und die Jungen

---

63 Maßlo (2010:85f.)

64 Maßlo (2010:94)

65 Vgl. Maßlo (2010:94, Fußnote 302)

66 Maßlo (2010:98)

67 Maßlo (2010:35)

68 Maßlo (2010:438)

69 "Parlamentsskorrespondenz Nr. 510 vom 21.06.2007 - Wahlrechtsreform 2007 passiert den Bundesrat"  
<[http://www.parlinkom.gv.at/PAKT/PR/JAHR\\_2007/PK0510/index.shtml](http://www.parlinkom.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2007/PK0510/index.shtml)> (Abruf am 22.10.2011)

70 Hoffmann-Lange & de Rijke (2010:93)

71 Eine Auflistung des Wahlalters nach Ländern findet sich unter <http://kraetzae.de/wahlrecht/international/>

72 <http://www.junge-union.de/content/aktivwerden/mitgliedwerden/>

73 <http://www.jusos.de/wir-jusos>

74 <http://www.julis.de/wirjulis/satzung/>

75 <http://www.linksjugend-solid.de/verband/faqs/>

76 <http://vorschreiber.de/spiesser/demokratie-ist-selberrmarchsache>



Piraten<sup>77</sup> erlauben den Beitritt von Geburt. Dabei formulieren die Jungen Piraten in ihrer Satzung die Einschränkung, dass Mitglieder unter 7 Jahre über kein Wahlrecht und zwischen 7 und 13 Jahren lediglich über aktives Wahlrecht verfügen.

Andere NGOs setzen bspw. folgendes Mindestalter zur Mitgliedschaft voraus:

- Greenpeace-Jugend: 14 Jahre<sup>78</sup>
- Jugendfeuerwehr: 10 Jahre<sup>79</sup>
- Deutsches Jugendrotkreuz: 6 Jahre<sup>80</sup>

Eine "Kultur der Mitgestaltung" – ob politisch, gesellschaftlich oder kulturell – kann nur dann entstehen, wenn alle bzw. möglichst viele partizipieren "*wollen, können und dürfen*".<sup>81</sup> Dass es bereits viele kommunale Projekte mit dem Ansatz der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gibt zeigen mehrere Autoren z.B. anhand von städtischen Bürgerhaushalten in Brasilien, in Marzahn-Hellersdorf oder Jugendbeteiligungsprojekte zur Gestaltung der eigenen Stadt oder Gemeinde.<sup>82</sup>

Eine Wahlbeteiligung folgt daher sogar einer logische Konsequenz bereits existierender Partizipationsformen, die im Vergleich zu jenen (bspw. einem Kinder- und Jugendbeirat) deutlich weniger „Aufwand“ und Betreuung benötigt. Jugendliche setzen sich aber auch sehr selbstkritisch mit einer Herabsetzung des Wahlalters auseinander, sodass sich über die Hälfte der 16- bis 29-Jährigen gegen und weniger als ein Drittel für eine Herabsetzung aussprechen.<sup>83</sup> Empirische Studien belegen allerdings keine „mangelnde politische Reife der 16- und 17-Jährigen“ und legen nahe, dass „die gegenwärtige Altersgrenze von 18 Jahren durchaus willkürlich“ ist.<sup>84</sup> Als nicht willkürlich begründet Tremmel eine Grenze nach biologischen und entwicklungspsychologischen Kriterien und vermutet, dass bereits ein 5-jähriges Kind seinen Willen zu wählen bekunden kann und damit eine Diskussion über das Wahlrecht zwischen 5 und 12 Jahren berechtigt ist.<sup>85</sup>

Zugleich kann durch ein aktives Wahlrecht sowohl die Nichtsichtbarkeit bzw. Marginalisierung von Kindern und Jugendlichen und ihrer politischen Interessen bzw. Partizipationswillen, als auch eine demographische Entwicklung zugunsten der älteren Bevölkerung, zumindest ansatzweise angegangen werden.

Einige oftmals unbegründete Zweifel betreffen eine postulierte sinkende Wahlbeteiligung bei der

---

77 <http://wiki.junge-piraten.de/wiki/Satzung>

78 <http://www.greenpeace-jugend.de/mitmachen>

79 <http://www.jugendfeuerwehr.de/52-0-Ich-will-zur-Feuerwehr.html>

80 <http://www.jugendrotkreuz.de/jugendrotkreuz/>

81 Gernbauer (2008:17)

82 Siehe dazu bspw. Bartscher (1998), Ködelpeter & Nitschke (2008) oder Swiderek (2003:155-182)

83 Dies geht aus einer DJI-Jugendstudie aus dem Jahre 1997 hervor (zit. nach Hoffmann-Lange & de Rijke (2010:81)).

84 Hoffmann-Lange & de Rijke (2010:91)

85 Tremmel (2008:224)

Sekunden des Wahlalters. Dieser Fakt ist oberflächlich gesehen erst einmal korrekt, da es einen generellen Trend gibt, dass die Wahlbeteiligung mit dem Alter steigt und im höheren Alter wieder abnimmt. Weiterhin kann das Wahlverhalten der 16- und 17-Jährigen allerdings empirisch nicht aus dem der 18- bis 27-Jährigen abgeleitet werden.<sup>86</sup>

Mit einer Herabsetzung des Wahlalters auf 16 wäre mit 2,6 % zusätzlichen Wahlberechtigten kein erheblicher Einfluss auf das Wahlergebnisse zu erwarten.<sup>87</sup> Während die Wahlbeteiligung der 18- bis 20-Jährigen im Jahr 1972 bei 84,6 % lag und die der 21- bis 24-Jährigen bei 84,4 %, lag diese im Jahr 1987 bei 76,8 % bzw. 73,1 % und im Jahr 2005 bei 70,0 % bzw. 66,5 %.<sup>88</sup> Aus diesen Zahlen wird ersichtlich, dass die Wahlbeteiligung der 18- bis 20-Jährigen zwischen 1972 und 2005 um 14,6 %, aber die der 21 – 24-Jährigen um 17,9 % gefallen ist (im Vergleich dazu fiel die gesamte Wahlbeteiligung in diesem Zeitraum um 12,5 % auf 78,3 %).

Nun lässt sich daraus ableiten, dass die Herabsetzung des Wahlalters auf 18 zur Wahl von 1972 positiv aufgenommen wurde und bis heute das höhere Beteiligungsdefizit bei den Jugendlichen zwischen 21 und 24 Jahren liegt. Dies lässt sich z.B. damit erklären, dass Eltern ihre Kinder, die noch zuhause wohnen, stärker beeinflussen können wählen zu gehen.<sup>89</sup> Auch hier könnte das Elternhaus eine wichtige Rolle für die Kinder spielen, von einem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Wahrscheinlich wird eine Herabsetzung des aktiven Wahlalters nicht zum plötzlichen Auftrieb des politischen Interesses oder der Beteiligung führen, solange nicht auch weitere Instrumente und Angebote für Kinder- und Jugendpolitik bzw. -partizipation breit aufgestellt werden. Politische Themen sollten bspw. in der Schule stärker diskutiert und reflektiert werden, da viele auch die soziale Realität von Schülern, Eltern, Freunden und besonders sich selbst betrifft.

Anmerkung: Eine ökonomische Analyse wie von Herrmann<sup>90</sup> konnte auf Grund des Umfangs nicht mit einbezogen werden, könnte allerdings einige zusätzliche interessante Ansätze enthalten, die bisher in kaum einer Studie oder Publikation betrachtet wurden.

Literaturverzeichnis:

Abels, H. & A. König (2010): Sozialisation. Soziologische Antworten auf die Frage, wie wir werden, was wir sind, wie gesellschaftliche Ordnung möglich ist und wie Theorien der Gesellschaft und der Identität ineinander spielen. Wiesbaden.

---

86 Hoffmann-Lange & de Rijke (2010:87f.)

87 Hoffmann-Lange & de Rijke (2010:87)

88 Hoffmann-Lange & de Rijke (2010:89)

89 Hoffmann-Lange & de Rijke (2010:90)

90 Herrmann (2010)

- Bartscher, M. (1998): Partizipation von Kindern in der Kommunalpolitik. Freiburg im Breisgau.
- Bogin, B. (1999): Patterns of Human Growth. 2nd ed. In: Cambridge Studies in Biological and Evolutionary Anthropology 23. Cambridge.
- Bertelsmann Stiftung [Hrsg.] (2007): Mehr Partizipation wagen. Argumente für eine verstärkte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. 2. Aufl., Gütersloh.
- Burdewick, I. (2003): Jugend – Politik – Anerkennung. Eine qualitative empirische Studie zur politischen Partizipation 11- bis 18-Jähriger. Bonn.
- Gaiser, W., Gille, M., Krüger, W. & J. de Rijke (2001): Jugend und Politik – Entwicklungen in den 90er Jahren. In: Politische Bildung, Jahrgang 34, Heft 4, S. 38-59.
- Gernbauer, K. (2008): Geleitwort. Beteiligung von Jugendlichen als politische Herausforderung. In: Ködelpeter, T. & U. Nitschke [Hrsg.]: Jugendliche planen und gestalten Lebenswelten. Partizipation als Antwort auf den gesellschaftlichen Wandel. Wiesbaden.
- Grupe, G., Christiansen, K., Schröder, I. & U. Wittwer-Backofen (2005): Anthropologie. Ein einführendes Lehrbuch. Heidelberg.
- Herrmann, U. (2011): Ökonomische Analyse eines Kinderwahlrechts. Dissertation an der Freien Universität Berlin zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors der Wirtschaftswissenschaft. Köln. <[http://www.diss.fu-berlin.de/diss/servlets/MCRFileNodeServlet/FUDISS\\_derivate\\_000000009063/ver%C3%B6ffentlichung16022011online.pdf?hosts=>](http://www.diss.fu-berlin.de/diss/servlets/MCRFileNodeServlet/FUDISS_derivate_000000009063/ver%C3%B6ffentlichung16022011online.pdf?hosts=>) (Abruf am 24.10.2011)
- Hoffmann-Lange, U. & J. de Rijke (2010): Argumente und Daten zur Herabsetzung des Wahlalters. In: Betz, T. Gaiser, W. & L. Pluto [Hrsg.] (2010) Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Forschungsergebnisse, Bewertungen, Handlungsmöglichkeiten. Schwalbach.
- Ködelpeter, T. & U. Nitschke [Hrsg.] (2008): Jugendliche planen und gestalten Lebenswelten. Partizipation als Antwort auf den gesellschaftlichen Wandel. Wiesbaden.
- Maßlo, J. (2010): Jugendliche in der Politik. Chancen und Probleme einer institutionalisierten Jugendbeteiligung am Beispiel des Kinder- und Jugendbeirats der Stadt Reinbek. Wiesbaden.
- Roche, J. (1997): Children's Rights. Participation and Dialogue. In: Roche, J. & S. Tucker [eds.]: Youth in Society. Contemporary Theory, Policy and Practice. London, Thousand Oaks, Neu Delhi. pp. 49-58.
- Scherr, A. (2009): Jugendsoziologie. Einführung in die Grundlagen und Theorien. 9. Aufl., Wiesbaden.
- Schneekloth, U. (2006): Politik und Gesellschaft. Einstellungen, Engagement, Bewältigungsprobleme. In: Deutsche Shell [Hrsg.]: Jugend 2006. Eine pragmatische Generation unter Druck. Frankfurt, S. 103-144.

Tremmel, J. (2008): Die Ausprägung des Wahlwillens und der Wahlfähigkeit aus entwicklungspsychologischer Sicht. In: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen [Hrsg.]: Wahlrecht ohne Altersgrenze? Verfassungsrechtliche, demokratietheoretische und entwicklungspsychologische Aspekte. München.

Uehlinger, H.-M. (1988): Politische Partizipation in der Bundesrepublik. Strukturen und Erklärungsmodelle. Opladen.

van Deth, J. W., Abendschön, S., Rathke, J. & M. Vollmar (2007): Kinder und Politik. Politische Einstellungen von jungen Kindern im ersten Grundschuljahr. Wiesbaden.